



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/208 - 10. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-33
Fernschreiber 0 888 890

Hinweise auf den Inhalt:

Nach dem Mißerfolg von Kairo	S. 1
Österreich nach den Ferien	S. 3
Pankows Militarisiertungspropaganda auf vollen Touren	S. 5
Neuer Angriff auf das Recht zur Kriegs- dienstverweigerung	S. 7

Die nächste Runde

ler. Die Entscheidung, die das britische Unterhaus, wenn es am kommenden Mittwoch zusammentritt, zu treffen hat, spitzt sich auf die einfache, aber folgenschwere Frage zu: soll Grossbritannien (und mit ihm Frankreich) nach dem Mißerfolg von Kairo eine neue Basis für Verhandlungen mit Nasser suchen oder durch militärische Aktionen den Sturz Nassers erzwingen?

Die Endabsichten der britischen Regierungspolitik im Konflikt um Suez blieben bisher im Dunkel; die Entsendung der Fünfer-Delegation nach Kairo und die gleichzeitig getroffenen militärischen Vorbereitungen liessen das Dilemma erkennen, das durch Nassers Gewaltstreich für Grossbritannien entstand. Ihm auszuweichen bleibt nur geringer Spielraum. Die Mehrheit der Londoner Konferenz stimmte zwar der Entsendung der Fünfer-Kommission nach Kairo zu Verhandlungen mit Nasser auf der Grundlage des Dulles-Planes zu, aber sie führte keine Diskussion darüber, was im Falle einer Ablehnung durch den ägyptischen Diktator geschehen sollte. Dieser Fall ist nun eingetreten. Nasser hat Nein gesagt. Der australische Ministerpräsident kehrte mit leeren Händen nach London zurück. Der britische Premierminister Eden steht vor einer der schwersten Stunden seines Lebens, und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Rufe nach seinem Rücktritt sich verstärken. Die Behandlung der Suez-Frage liess allzu viel von jener Vorsicht und

10. 9. 1956

diplomatischen Klugheit vermissen, die man sonst Eden nachsagt.

Inzwischen liegt eine französische Versicherung vor, es sei ausgeschlossen, dass man durch ein militärisches Eingreifen Verhandlungsziele durchzusetzen suche. Diese Versicherung enthält das, wenn auch nicht ausgesprochene, Eingeständnis von der Nutzlosigkeit angewandter militärischer Gewalt im Atomzeitalter. Die englische öffentliche Meinung, ohne die kein britischer Regierungschef bestehen kann, hat sich nach Wochen heftigen Unmutes und leidenschaftlicher Erregung über den "Hitler am Nil" gleichfalls einer ruhigeren Betrachtungsweise zugewandt. Ihre Regierung und die mächtige Labouropposition nach der Enteignung der Suez-Kanalgesellschaft einig in der Verurteilung Nassers und seines einseitigen Gewaltaktes, so schieden sich doch bald die Wege bei der Wahl der Mittel, Nasser an die Gepflogenheiten des internationalen Völkerrechtes zu binden.

Mehr als die britischen Konservativen weiss die Labourparty von der elementaren Kraft und Dynamik der nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden Völker, sie erblickt ihre Aufgabe nicht darin, unkalter gewordene Vorrechte und Besitzrechte mit allen Mitteln zu verteidigen. Sich an sie zu klammern, heisst die Feindschaft der nicht-europäischen Welt für jetzt und die Zukunft heraufzubeschwören. Sicherlich wäre es den vereinten Kräften Englands und Frankreichs möglich, an Ägypten ein Exempel zu statuieren, Nasser vielleicht zu demütigen oder sogar zu stürzen - aber um welchen fürchterlichen Preis! Nicht nur würden beide Länder sich durch einen solchen Schritt von den Teilnehmern der Londoner Konferenz endgültig isolieren, sie würden auch in der ganzen arabischen Welt ein Chaos auslösen, dessen alleiniger Nutzniesser die Sowjetunion wäre.

Diese Überlegungen dürfte das britische Unterhaus in der kommenden Suez-Debatte bewegen, die Regierung zu drängen, nach anderen Wegen als den der militärischen Gewalt zu suchen. Gewiss kann die UNO als Schlichter in diesem Streitfall, der mehr ist als nur ein Konflikt Frankreich-England mit Ägypten, keine Wunder verrichten, aber die moralische Kraft, die von ihr ausstrahlt, dürfte allein schon einen heilsamen Einfluss auf die Draufgänger beider Seiten ausüben. Auch ein Nasser kann sich nicht gut Entscheidungen widersetzen, die von dieser Instanz ausgehen. Für Indien schlägt jetzt die Stunde. Seine guten Dienste allein sind noch in der Lage, eine Situation voller Gefahren zu retten.

ÖVP will ernten

K.F., Wien

Die österreichischen Regierungsmitglieder und verantwortlichen Politiker kehren nun von ihren Urlaubsaufenthalten zurück und nehmen die Probleme in Angriff, die der politische Sommer 1956 in bedenklicher Schwere und Vielzahl ausgebrütet hat. Im Mittelpunkt kommender Auseinandersetzungen stehen wirtschaftspolitische Fragen, so vor allem der Bundesvoranschlag für 1957, das Preis- und Lohnproblem, die Investitionstätigkeit und die Wohnbaufinanzierung. Des weiteren aber gilt es auch das Bundesheer aufzubauen, in der Frage der Zivilluftfahrt zu einer Einigung zu gelangen, wichtige Sozialgesetze zu schaffen, das Rundfunkwesen neu zu organisieren und gegebenenfalls die Frage des Konkordats auf eine für alle Bevölkerungsteile tragbare Weise zu regeln. Schliesslich wird sich die aussenpolitische Aktivität der Bundesregierung auf die Aufnahme der Tätigkeit in den Vereinten Nationen, auf die Südtirol-Frage und auf die beiden Staatsbesuche des Bundeskanzlers Ing. Raab in der Schweiz am 20. September und in der Bundesrepublik Deutschland am 23. Oktober konzentrieren.

Was die wirtschaftspolitischen Probleme anbelangt, so ergeben sich fast durchweg nur unerfreuliche Aspekte. Gewiss befindet sich auch die österreichische Wirtschaft gegenwärtig in einer günstigen Konjunktur und der Beschäftigtenstand ist aussergewöhnlich hoch, doch ist andererseits die Stabilität der Währung durch die ständigen Auftriebstendenzen auf dem Preis- und Lohnsektor ernstlich bedroht. Die gute Geschäftslage mit übergrosser Nachfrage verleitet ebenso zu Preiserhöhungen wie etwa die Vollbeschäftigung die Arbeitnehmer veranlasst, ihren Anteil an der gestiegenen Produktion in Form einer Nachziehung oder Angleichung der Löhne und Gehälter zu verlangen.

Ein besonderes Problem bildet demgemäss der Entwurf des Budgets 1957, mit dessen Ausarbeitung das Finanzministerium gegenwärtig beschäftigt ist. Finanzminister Dr. Komitz, welchem die ÖVP die Legende des kühnen Stabilisierungsritters angedichtet hat, hat bereits angekündigt, dass er fest entschlossen sei, die zu erwartenden Ausgabenposten des Staatshaushaltes rücksichtslos zu reduzieren. Die etwa erforderlichen 40 Milliarden Schilling seien keineswegs aufzutreiben, sondern man könne sich bestenfalls auf 30 Milliarden einlassen. Andernfalls sei er bereit, "sein Amt zur Verfügung zu stellen" - was offenbar eine

Drohung sein sollte. Es ist demnach zu erwarten, dass die öffentlich Bediensteten noch länger auf die bereits gesetzlich festgelegte endgültige Erhöhung der Gehälter werden warten müssen, ebenso wird vermutlich bei der Erhöhung der zurückgebliebenen sogenannten Altrenten gespart werden und schliesslich werden die staatlichen Investitionen und der soziale Wohnhausbau voraussichtlich einschneidend gekürzt werden.

Eine andere wichtige Frage, bei der sich jedoch die Auseinandersetzungen mehr hinter den Kulissen beziehungsweise hinter verschlossenen Polstertüren abspielten, ist die Reprivatisierung des nicht verstaatlichten ehemaligen deutschen Eigentums. Soweit es sich um Werte über zwei Millionen Schilling handelt, ist zum Verkauf von solchen Vermögenswerten zwar die Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates notwendig, doch scheint man in den für Transaktionen und Schiebungen zuständigen ÖVP-Kreisen die ansonst liebenswürdig österreichische Einstellung zu vertreten: "Es wird nichts so heiss gegessen wie gekocht." Jedenfalls findet man immer wieder Hintertürchen, um in- und ausländischen Kapitalisten riesige Vermögensschaften, die durch den Staatsvertrag in das Eigentum des österreichischen Staates übergegangen sind, zuzuschancen. Darunter fallen viele Betriebe, die mit österreichischem Geld und österreichischer Arbeitskraft aus Trümmerstätten zu blühenden Unternehmungen aufgebaut wurden.

Hausherrrente statt Wohnungsbau!

Die feindliche Einstellung der Österreichischen Volkspartei gegenüber dem sozialen Wohnhausbau kommt auch immer deutlicher zum Vorschein. So veröffentlichte dieser Tage die "Österreichische Neue Tageszeitung", das Leibblatt des Bundeskanzlers, einen Vorschlag zur Lösung des Wohnungsproblems, und zwar als Versuchsballon zunächst nur als Leserzuschrift. Darin wird unter Berufung auf das Beispiel der Finanzpolitik der Adenauer-Regierung verlangt, die öffentlichen Zuwendungen und Kredite für den sozialen Wohnungsbau restlos einzustellen und die dadurch freiwerdenden Mittel zu einer Erhöhung der gegenwärtigen Mietzinse auf das Dreifache zu verwenden. Das würde bedeuten: Hausherrrente statt Wohnhausbau! Damit derartige Vorschläge nicht versanden, stellen die Organe der ÖVP und die übrigen bürgerlichen Blätter die Frage des Mieterschutzes und der Mietzinse in kurzen Zeitabständen immer wieder zur Diskussion.

Man gewinnt den Eindruck, dass die ÖVP nunmehr darangeht, sich

10. September 1956

ihren Wahlerfolg von 13. Mai durch Zugeständnisse an die Grossbesitzerschichten, die ja das eigentliche Rückgrat dieser "Volkspartei" bilden, honorieren zu lassen. Vor den Sommerferien war dazu keine Zeit mehr, dafür aber will man im Herbst umso reichlicher ernten. Da sich aber die Sozialisten im Interesse des österreichischen Volkes zum Widerstand wappnen, dürfte der kommende Herbst ziemlich stürmisch werden.

* * *

Mit dem Schlagwort von den Befreiungskriegen

E.Z., Berlin

Als dieser Tage in Naumburg an der Saale die erste Kadettenschule der sowjetzonalen "Nationalen Volksarmee" vom Verteidigungsminister S t c p h eröffnet wurde, übrigens im Gebäude der ehemaligen Hittlerschen Kapola, ist offenbar ein neuer Entwicklungsabschnitt der von Pankow betriebenen Militarisierung der Zone eingeleitet worden. Es ist sicher kein Zufall, dass mit der offiziellen Grundsteinlegung für ein neues militärpolitisches Erziehungssystem die Militarisierungspropaganda der SED einen ersten Höhepunkt erreicht hat. Der Büchermarkt der Zone wird von Büchern und Schriften überhäuft, deren Inhalt von der primitivsten Verteidigungspropaganda bis zu militärwissenschaftlichen Abhandlungen reicht. Zum ersten Mal tritt dabei der vor noch nicht allzu langer Zeit gegründete "Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung" offen in Erscheinung.

Die Ablehnung der kommunistischen "Nationalen Volksarmee" durch die Bevölkerung und die reservierte Stellungnahme, die sie selbst in der breiten Masse der SED-Mitgliedschaft findet, spiegelt sich auch in dem Dilemma wider, in das sich die Wehrpropagandisten Pankows versetzt sehen, seitdem das Zentralkomitee der SED auf einer Intensivierung der Popularisierung seiner "Nationalarmee" besteht. Ende 1955 hatte der Mitarbeiter der militärpolitischen Abteilung des ZK der SED, Otto, das "völlig unbefriedigende Niveau der militärpolitischen Propaganda" kritisiert. Schon damals wurde die Forderung aufgestellt, auf allen Gebieten die "erhöhte Verteidigungsbereitschaft" propagandistisch zu "organisieren".

Das Ergebnis dieser Bemühungen des ZK liegt jetzt erstmalig vor,

und zwar in einem Buchkatalog mit dem Titel "Zum Schutze der Heimat - Nationale Verteidigung in Buch", der von der "LKG Leipziger Kommissions- und Grosbuchhandel" herausgegeben werden musste. Die militärpolitische Propaganda Pankows gründet sich auf der Ausnutzung jener nationalistischen Bewusstseinsbildung, die von je her mit den Befreiungskriegen verbunden war. So ist es nicht verwunderlich, dass in dem neuen Buchkatalog nicht nur allgemeine Abhandlungen über das Jahr 1813 als "Lesebuch für unsere Zeit" angepriesen werden, sondern dass auch die "Heldenverehrung" in jeder Form, sei es als Reportage oder auch Roman, neue Blüten treibt. Theodor Körner, v. Schill, Blücher, Gneisenau, Scharnhorst oder auch Arndt werden als verhinderte Zeitgenossen vorgeführt, und zwar nicht nur in einzelnen Schriften, sondern in ganzen Serien.

Die sogenannten "nationalen Befreiungskämpfe" wie der "Bürger- und Interventionskrieg gegen die Sowjetmacht" oder wie die "nationalen Befreiungskämpfe in Spanien, China, Korea und Vietnam" rangieren erst in zweiter und dritter Linie dieser Propaganda. Der "Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung" fasst alle Themen, die sich für eine militaristische Propaganda eignen, in einer Schriftenreihe zusammen die in der Art der Groschenschnöcker herausgebracht wird. 37 Hefte kann jeder Sowjetzonenbewohner zum Preise von nur 0.45 DM erwerben. Noch billiger macht es die für die vornilitärische Ausbildung der Jugendlichen errichtete "Gesellschaft für Sport und Technik", die sogar für 0.35 DM in ihrer Schriftenreihe "Der Patriot" nationalistisch angehauchte Themen in spannungsgeladener Form behandelt. Diese Popularisierungstaktik, die vor allem auf die Abenteuerlust der Jugendlichen abgestellt ist, findet eine Parallele darin, dass in diesen Tagen erstmalig "offene Tage" der Manöver der "Nationalen Volksarmee" eingeführt wurden, bei denen unter der Führung linientreuer Funktionäre die Bevölkerung Zutritt zu den militärischen Übungen hatte.

Stophs "Verlag des Ministeriums der Nationalen Verteidigung" setzt alles daran, auch von der Seite der kommunistischen Ideologie her die militärpolitische Propaganda Pankows zu untermauern. Die Übernahme der ins Deutsche übersetzten militärischen Werke der wichtigsten sowjetischen Autoren wird jetzt ergänzt durch eine erst vor einigen Tagen herausgekommene Schriftenreihe des Stoph-Verlags mit dem Titel "Gewehre in Arbeiterhand". Hier versucht man durch einen Rückgriff auf die bewaffneten Arbeiteraufstände in der Weimarer Republik so etwas wie eine militärische Tradition der kommunistischen Partei zu rekonstruieren.

Merkatz - ein neuer Sonntagsredner?

FB. Es wäre bedauerlich, wenn man den Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, Dr. Hans-Joachim von Merkatz, aus der Kategorie der politischen Schwarzgeister in die der politischen Sonntagsredner endgültig umgruppieren müsste, obwohl seine Rede auf der Delegierten-Tagung der Deutschen Partei in Friedberg (Hessen) durchaus einen solchen Schritt nahelegen würde.

So sollte es für einen Bundesminister zu billig sein, beispielsweise für die 18 Monate Dienstpflicht mit der Begründung zu plädieren, dass eine zu kurze und damit zu harte Ausbildungszeit den Einzelnen ausserordentlich überfordern würde und ihn gesundheitlich ruinieren könnte. Diese Frage ist zu ernst, als dass man auf das Niveau der Denkschrift der Bundesregierung zur Einführung der Wehrpflicht hinabsteigen sollte, die sogar den kostenlosen Zahnersatz für die Wehrpflicht ins Treffen führte.

Weit ernster sind jedoch schon die Ausführungen Merkatz's zu nehmen, der die Wehrdienstverweigerung ablehnte, und sagte, dass es das Ende des Staates und seines Selbstmord bedeuten würde, wenn man die Erfüllung einer "staatsbürgerlichen Pflicht" dem subjektiven Urteil des Einzelnen überlassen würde. Man sollte noch nicht Merkatz mit dem FDP-Abgeordneten Euler über einen Kamm scheren, der kürzlich in geradezu gehässiger Weise die Kriegsdienstverweigerer angegriffen hat. Der Bundesminister aber sollte erkennen, in welche Gesellschaft er sich bei solchen Äusserungen begibt. Seine These kommt geradezu einer Staatsvergötzung gleich, sie offenbart ein primitiv-kollektivistisches Denken, das im Gegensatz selbst zum Parteiprogramm der DP stehen sollte, das die Freiheit des Einzelmenschen zum Teil sogar überbetont.

Geradezu kühn ist der "logische Schluss" des DP-Bundesministers zu nennen, der aus der Verneinung der Wehrpflicht durch die SPD auch eine Verneinung des Staates konstruiert. Danach wären also alle Staaten, die keine allgemeine Wehrpflicht haben, nicht wert, ein Staat genannt zu werden. Vielleicht ist zu empfehlen, dass Dr. von Merkatz sich den zur Zeit im Bundesgebiet laufenden Film "Der Hauptmann von Koepenick" ansieht, um zu erkennen, wohin es führt, wenn man die Erfüllung einer staatsbürgerlichen Pflicht, deren Berechtigung angesichts der politischen und militär-technischen Situation höchst zweifelhaft geworden ist, überbewertet.

Nach Pressemeldungen soll der wachere DP-Minister sogar den "tumben Volk" überhaupt die Berechtigung abgesprochen haben, über so wichtige Fragen, wie die Wehrpflicht, zu entscheiden. Vielleicht wird Herr von Merkatz schon bald zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Volk gar nicht so "tumb" ist und es in Art. 20, Abs. 2 des Grundgesetzes heisst: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus".

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau